

› Themen › Europa › Wirtschaftspolitik in Europa

Suche im Themenkatalog

Suchen

[Erweiterte Suche](#)

WIRTSCHAFTSPOLITIK IN EUROPA

[RSS-Feed dieser Seite](#)

TOPTHEMA: Griechenland - Finanz- und Schuldenkrise

Die weltweite Wirtschaftskrise und Missmanagement haben Griechenland schwer getroffen. Die Bevölkerung leidet seit Jahren unter dem harten Sparkurs und das enorme Haushaltsloch hat die Stabilität des Euro geschwächt. Griechenland drohte eine Staatspleite, mit drei Hilfspaketen aus dem EU-Rettungsschirm, die sich insgesamt auf rund 290 Milliarden belaufen, sowie drastischen Sparmaßnahmen ist Griechenland in den vergangenen Jahren dabei, sein Staatsdefizit in den Griff zu bekommen. Die Gelder konnten ...

Anbieter: Informations-Portal zur politischen Bildung

[zum Angebot](#)

[Einzelansicht](#)

Europäische Integration in der Krise - Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 52/2015)

Die Eurokrise und die Flüchtlingskrise prägten das politische Jahr 2015 in Europa. In beiden zeigen sich die Mitgliedsstaaten der Eurozone beziehungsweise der EU uneinig. In Bezug auf die Eurokrise stellt sich vor allem die Frage über die nächsten Reformschritte: Soll es eine „Wirtschaftsregierung“ in der Eurozone geben, die befugt ist, über sozial-, fiskal- und wirtschaftspolitische Maßnahmen die ökonomischen Ungleichgewichte auszubalancieren? Oder soll der Schwerpunkt auf der Einhaltung ...

Anbieter: Bundeszentrale für politische Bildung

» [Inhaltsverzeichnis](#)

[zum Angebot](#) [PDF](#) [EPub](#)

[Einzelansicht](#)

Europas soziale Dimension - Die Suche nach der Balance zwischen europäischer Solidarität und nationaler Zuständigkeit

Die Wirtschaftskrise in der EU und die Maßnahmen zur Konsolidierung der nationalen Haushalte haben erhebliche soziale Folgen - zunehmende Armut, hohe Arbeitslosigkeit und insbesondere Jugendarbeitslosigkeit. Die Rufe nach Solidarität innerhalb der EU werden lauter, das Streben nach einem sozialen Europa rückt auf der europapolitischen Agenda weiter in den Vordergrund. Die Studie bietet einen Überblick über den derzeitigen Bestand des sozialpolitischen Acquis und diskutiert verschiedene Vorschläge, ...

Anbieter: Stiftung für Wissenschaft und Politik

[zum Angebot](#) [PDF](#)

[Einzelansicht](#)

Der Euro - leicht erklärt Nr. 15/2015

Die Beilage der Wochenzeitung "Das Parlament" erklärt aktuelle Themen in leichter Sprache. Diese Ausgabe beschäftigt sich mit dem Euro und seinen Vor- und Nachteilen.

Anbieter: Deutscher Bundestag

[zum Angebot](#)

[Einzelansicht](#)

Reichtum und Armut in Europa - Deutschland & Europa Heft 69 2015

Mit der zunehmenden sozialen Ungleichheit und den Folgen dieser Entwicklung für den Zusammenhalt in Europa beschäftigt sich diese Ausgabe. 8 Beiträge gehen nicht nur der Zunahme sozialer Unterschiede zwischen den europäischen Ländern, sondern auch innerhalb einzelner Mitgliedsstaaten nach. Für den Unterricht bietet das Heft zahlreiche Anknüpfungspunkte. Den wissenschaftlichen Aufsätzen sind in der Regel Materialenteile mit Bildern, Textdokumente und aktuelle Einschätzungen angeschlossen. ...

Anbieter: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

» [Inhaltsverzeichnis](#)

[zum Angebot](#) [PDF](#)

[Einzelansicht](#)

Arbeiten in Europa - Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 4-5/2015)

Die EU-Kommission will "Neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen" geben. Derzeit herrscht diesbezüglich große Ungleichheit in Europa. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit bleibt die größte Herausforderung.
Anbieter: Bundeszentrale für politische Bildung

zum Angebot

Einzelansicht

15 Jahre Euro-Beschluss - Hintergrund aktuell, 30.04.2013

In der Nacht vom 2. auf den 3. Mai 1998 legten Europas Staats- und Regierungschefs den Grundstein für die Euro-Einführung. Inzwischen gehören 17 EU-Mitgliedstaaten dem Euro-Raum an.

Anbieter: Bundeszentrale für politische Bildung

zum Angebot

Einzelansicht

Euro-Krise - Ist der Euro noch zu retten?

Die Staatsschuldenkrise der Euroländer lenkt den Blick auf Europa. Die Lösung der aktuellen Krise erfordert dabei weitreichende wirtschafts- und gesellschaftspolitische Entscheidungen in der EU und in den Euro-Mitgliedstaaten. Ein Krisengipfel jagt den nächsten, immer mehr verschuldete Länder suchen Schutz unter dem Rettungsschirm. Die verabredeten Rettungsprogramme lassen viele Menschen angesichts der Risiken und Lasten am Sinn und Wert der europäischen Integration zweifeln. Das Dossier bietet ...

Anbieter: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

zum Angebot

Einzelansicht

Parlament stimmt Fiskalpakt und Euro-Rettungsschirm zu - Hintergrund aktuell, 29.06.2012

Bundestag und Bundesrat haben am 29. Juni den Fiskalpakt für mehr Haushaltsdisziplin und den Europäischen Stabilitätsmechanismus mit Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossen.

Anbieter: Bundeszentrale für politische Bildung

zum Angebot

Einzelansicht

Schuldenkrise und Demokratie - Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 13/2012)

Seit Beginn der Finanz- und Verschuldungskrise in der Europäischen Union werden demokratisch gewählte Parlamente und Regierungen von den privaten Akteuren der Kapitalmärkte in die Enge getrieben. Der "Fiskalpakt" verpflichtet langfristig zu strikter Haushaltsdisziplin durch "Schuldenbremsen". Unterdessen wächst das Unbehagen über demokratische Defizite beim parlamentarischen Umgang mit scheinbar alternativlosen, immer größeren "Rettungspaketen".

Anbieter: Bundeszentrale für politische Bildung

zum Angebot

Einzelansicht

Der Euro und die Schuldenkrise

Diese Ausgabe informiert über Hintergründe der Schuldenkrise aus ökonomischer, politischer, geschichtlicher und wirtschaftsgeographischer Sicht. Dabei geht es auch um die Frage, ob sich die Europäische Union in einer ökonomischen oder bereits politischen Krise befindet. In 9 Beiträgen beleuchten Wissenschaftler und Didaktiker der politischen Bildung diese Thematik. Neben den fachkundigen Aufsätzen enthält das Heft umfangreiche Materialien, die sich für den Unterricht in den entsprechenden ...

Anbieter: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

» Inhaltsverzeichnis

zum Angebot

Einzelansicht

Das Euro-Paradox: Stabiler Außenwert trotz innerer Krise - FES Perspektive, Februar 2012

Die schlechte Nachricht zu Jahresbeginn 2012 lautet: Die Krise der Eurozone geht ungebremst in ihr drittes Jahr. Die gute Nachricht lautet: Der Euro selbst hat die ersten beiden Krisenjahre recht gut überstanden. Dieser paradoxe Lagebefund provoziert Fragen: Passen diese Nachrichten überhaupt zusammen? Und: Kann der Euro auch ein weiteres Krisenjahr so glimpflich überstehen?

Anbieter: Friedrich-Ebert-Stiftung

zum Angebot

Einzelansicht

Fiskalpakt: EU-Staaten beschließen schärfere Haushaltskontrollen - Hintergrund aktuell, 31.01.2012

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben sich auf eine Verschärfung der Haushaltskontrollen in der Eurozone geeinigt: Der am 30. Januar auf dem Gipfel in Brüssel beschlossene Fiskalpakt sieht nationale Schuldenbremsen und automatische Sanktionen für Haushaltssünder vor. Damit soll verlorenes Vertrauen der Finanzmärkte wiedergewonnen werden. Zudem billigte der Gipfel den Vertrag über den dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus.

Anbieter: Bundeszentrale für politische Bildung

zum Angebot

Einzelansicht

EU-Gipfel stärkt Wirtschaftsunion - Hintergrund aktuell (12.12.2011)

Gesetzliche Schuldenbremsen, strengere Regeln für Haushaltssünder und eine engere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit: Das sind die Ziele, auf die sich die Staats- und Regierungschefs der EU auf dem Gipfel in Brüssel am 8./9.12.2011 verständigt haben. Großbritannien legte ein Veto gegen eine entsprechende Änderung des EU-Vertrags ein.

Anbieter: Bundeszentrale für politische Bildung

Endspiel um den Euro - FES, Oktober 2011

Notwendige wirtschaftspolitische Massnahmen zur Überwindung der Vertrauenskrise in der Euro-Zone.

Anbieter: Friedrich-Ebert-Stiftung

zum Angebot

Einzelansicht

Einigung bei Eurozonengipfel - Hintergrund aktuell, 28.10.2011

Der Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Eurozone hat am 26. Oktober 2011 eine ganze Liste weitreichender Beschlüsse gefasst, um die Verschuldungs- und Bankenkrise im gemeinsamen Währungsraum einzudämmen. Dabei kamen zwei Dinge zusammen: unmittelbares Krisenmanagement und langfristige Reformen, die mit dazu beitragen sollen, dass sich eine derartige Krise nicht wiederholt. Was Griechenland anbelangt wurde nach langwierigen Verhandlungen ein freiwilliger Schuldenerlass von 50% vereinbart.

Anbieter: Bundeszentrale für politische Bildung

zum Angebot

Einzelansicht

Europa - Zahlen und Fakten

Das neue Online-Angebot "Zahlen und Fakten: Europa" startet mit den beiden Kapiteln "Bevölkerung" und "Wirtschaft und Finanzen". Die aktuellen Grafiken, Tabellen und Texte liefern Informationen zu Themen wie "Demografischer Wandel", "Zuwanderung", "wirtschaftliche Verflechtung" und helfen dabei, beispielsweise das Ausmaß der Schuldenkrise oder die Nettozahler-Debatte auf EU-Ebene besser zu verstehen. In den nächsten Monaten wird das Angebot durch weitere Kapitel – wie zum Beispiel "Arbeit und ...

Anbieter: Bundeszentrale für politische Bildung

zum Angebot

Einzelansicht

Junge Griechen und die Krise. Eine Generation droht, verloren zu gehen - FES Internationale Politikanalyse, September 2011

Die Wirtschaftskrise des Landes hat die jüngeren Griechen hart getroffen. Die Jugendarbeitslosigkeit hat die 40-Prozent-Marke überschritten und immer mehr Absolventen verlassen das Land.

Anbieter: Friedrich-Ebert-Stiftung

zum Angebot

Einzelansicht

Verstärkte Zusammenarbeit in der EU : ein Modell für Kooperationsfortschritte in der Wirtschafts- und Sozialpolitik? FES Internationale Politikanalyse, September 2011

Das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit (vZ) kann nur im Rahmen der bestehenden Kompetenzen der Union genutzt werden. Es ist deswegen nicht geeignet, die in der EU-Vertragsarchitektur angelegten Defizite der Wirtschafts- und Währungsunion abzubauen. Der Fortentwicklung der EU zu einer europäischen Sozialunion sind durch die bestehenden Kompetenznormen Grenzen gesetzt. Die Einführung eines verbindlichen Sozialen Stabilitätspakts bedarf einer neuen vertraglichen Grundlage. Vorgaben für ...

Anbieter: Friedrich-Ebert-Stiftung

» Inhaltsverzeichnis

zum Angebot

Einzelansicht

Euro-Rettungsschirm und Griechenland-Hilfe verfassungsgemäß - Hintergrund aktuell, 07.09.2011

Das Bundesverfassungsgericht hat im September 2011 mehrere Verfassungsbeschwerden zurückgewiesen: Die deutsche Beteiligung am Euro-Rettungsschirm und an der Griechenland-Hilfe verstoßen demnach nicht gegen das Grundgesetz. Die Richter mahnen jedoch mehr parlamentarische Beteiligung bei Entscheidungen zu europäischen Finanzhilfen an.

Anbieter: Bundeszentrale für politische Bildung

zum Angebot

Einzelansicht

Zeige Ergebnisse 1 bis 20 von 34

1-20

21-34

>>

Wege aus der Schuldenkrise



Die EU hat milliardenschwere
Rettungspakete für

Griechenland, Irland und Portugal geschnürt, doch nun geraten weitere Euro-Länder in Schwierigkeiten. Die europäische Presse diskutiert, ob Haushaltsdisziplin besser hilft als eine Vergemeinschaftung der Schulden, und wer zahlen wird. Zur euro|topics Presseschau Wege aus der Krise.

Zukunft des Euro



Europa kontrovers
Wem nutzt der Euro? Müssen Krisenländer wie Griechenland die Gemeinschaftswährung aufgeben? War die Euro-Einführung von Anfang an ein Fehler? Vier Experten geben unterschiedliche Antworten auf die Frage nach der Zukunft des Euro.

Europa kontrovers -
Bundeszentrale für politische Bildung

Euro am Scheideweg?



Die neue "Infoaktuell" Euro am Scheideweg der bpb blickt auf die Entwicklung des Euro und der Krise zurück und fragt nach den Perspektiven.

Der Euro und die Schuldenkrise



Wissenschaftler und Didaktiker der politischen Bildung beleuchten in **Der Euro und die Schuldenkrise** in 9 Beiträgen dieses aktuelle Thema und informieren über Hintergründe aus ökonomischer, politischer, geschichtlicher und wirtschaftsgeographischer Sicht. Dabei geht es auch um die Frage, ob sich die Europäische Union in einer ökonomischen oder bereits politischen Krise befindet.

65 Jahre Marshallplan - Neuaufgabe für Europas

Krisenstaaten?



Im Rahmen des Marshallplans erhielten von 1948 bis 1952 16 europäische Länder insgesamt etwa 12,4 Milliarden US-Dollar zur Sanierung ihrer Wirtschaft. Manche Politiker und Wirtschaftsexperten schlagen vor, einen Marshallplan zur Bekämpfung der aktuellen Wirtschaftskrise in Europa aufzulegen. Was wäre von einer Art Neuauflage des nach dem Zweiten Weltkrieg in Westeuropa mit Erfolg durchgeführten Marshallplans zu halten?

Der Marshallplan
65 Jahre Marshallplan
Hintergrund aktuell, 5.6.2012
(Bundeszentrale für politische Bildung)

Der Marshall-Plan - Selling Democracy
Das Dossier informiert in vier Kapiteln über Entstehung, Entwicklung und Wirkungsgeschichte des Marshallplans.
(Bundeszentrale für politische Bildung)

Neuauflage?
Bloß kein Marshallplan für Griechenland!
Die Griechen müssen selbst Konzepte und Strategien zur Überwindung der Krise entwickeln. Sie von außen vorzugeben, funktioniert nicht, so Heribert Dieter von der Stiftung Wissenschaft und Politik.
(Zeit)

Marshall-Plan für EU kann nicht funktionieren
Von einem "Marshall-Plan" zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise in Europa halte er gar nichts, sagt Hans-Peter Burghof, Professor für Bankwirtschaft und Finanzdienstleistungen an der Universität Hohenheim. Den Bankenapparat zu stärken sei wesentlich besser, als Geld in "irgendwelche Konjunkturprogramme zu pumpen".
(Deutschlandfunk)

"Man muss auch positive Impulse setzen"
Die Sparprogramme der hoch verschuldeten EU-Länder würden die Konjunktur ab, sagt der Ökonom Peter Bofinger. Ein Investitionsprogramm nach Art des Marshall-Plans könne die

Wirtschaft dieser Länder wieder ankurbeln.

(Deutschlandfunk)

"Wo ist der Marshall-Plan für Griechenland?"

Der US-Währungsexperte Barry Eichengreen warnt: Ohne massive Investitionen wird das Elend kein Ende nehmen. Im Interview spricht er über die Euro-Krise, die Gefahren der amerikanischen Nullzinspolitik und Vermarktungsideen für griechisches Essen.

(Spiegel)

Vergesst den Marshallplan

Nicht in Südeuropa müsste viel mehr Geld in Infrastruktur gesteckt werden, sondern in Deutschland. Davon würden indirekt auch Spanier und Portugiesen profitieren, so der Ökonom Daniel Gros.

(Financial Times Deutschland)

Global Marshall Plan

Global Marshall Plan Initiative

Die Global Marshall Plan Initiative setzt sich ein für ein verbessertes und verbindliches globales Rahmenwerk für die Weltwirtschaft, das die Wirtschaft mit Umwelt, Gesellschaft und Kultur in Einklang bringt.

(Global Marshall Plan Foundation)
